



Trotz Sparkurs im Basler Grossen Rat - im Bild das Rathaus - ist es dem VPOD gelungen. Verschlechterungen des regierungsrätlichen Vorschlages zum Lohngesetz in verschiedenen Bereichen zu verhindern. (Archivfoto).

Basler Lohngesetz aus der Sicht des Staatspersonals.

Unzufriedenheit – aber kein Referendum

Nur knapp hat die ausserordentliche Sektionsversammlung der VPOD-Sektion Basel auf ein Referendum gegen das vom Grossen Rat beschlossene Lohngesetz verzichtet. Nach dreistündiger intensiver und hitziger Diskussion wurde mit 65 Nein zu 54 Ja bei 16 Enthaltungen beschlossen, das Referendum nicht zu ergreifen. Die Stimmung an der Versammlung war geprägt durch die Wut und die Frustration über die bürgerliche Mehrheit des Grossen Rates, die mit eiserner Disziplin alle Verbesserungsanträge des VPOD, der linken Fraktionen SP/Gewerkschaften, Progressive, FraB abschmettete. Immerhin kann festgehalten werden, dass es dem Basler VPOD durch sein konsequentes Auftreten und seine Einflussnahme im Grossen Rat gelungen ist, Verschlechterungen des regierungsrätlichen Vorschlags in verschiedenen Bereichen zu verhindern. Es konnte sogar eine kleine Verbesserung beim Teuerungsausgleich erreicht werden. Er wird bis Lohnklasse 8 voll ausgerichtet und erst nachher degressiv gestaltet. Allerdings ist hier anzumerken, dass den oberen Lohnklassen mit dieser Lösung ein Geschenk gemacht wird, indem die in der Volksabstimmung beschlossene Plafonierung wieder rückgängig gemacht wurde.

Bürgerlicher Spardruck

Das jetzt beschlossene Sparmodell eines Lohngesetzes ging in dieser Form nur durch den Grossen Rat, weil der Bürgerblock geschlossen blieb und zusätzlich auf Unterstützung der Schweizer Demokraten SD zählen konnte, die in allen Fragen stramm mit den Bürgerlichen stimmen. Vor allem den Anhängern der „Billigverbände“ muss klargemacht werden, wer denn die Interessen des Personals wirklich vertritt. Auch die Personalvertreterinnen und -vertreter in den Reihen der bürgerlichen Fraktionen, wie Franziska Gambirasio (FDP) als Vertreterin des KV und Ralph Kocher (FDP) als Vertreter des BAV, konnten sich nicht dazu durchringen, die Parteidisziplin zu durchbrechen und für die Personalinteressen einzutreten.

Mehr liegt nicht drin

Keine Verschlechterung und nur minimale Verbesserungen - das ist natürlich kein Resultat, bei dem das Staatspersonal in Freudenrufe ausbrechen kann. Insbesondere wenn dann noch finanzielle Opfer in Form eines zweimaligen einprozentigen Verzichts auf den Teuerungsausgleich und eines einmaligen Verzichts auf den Stufenanstieg gefordert werden. Trotzdem musste die Geschäftsleitung des Basler VPOD auf grund der Einschätzung des gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Umfelds von einem Referendum abraten. Niemand konnte glaubhaft einen Weg zu einem besseren Lohngesetz weisen, und ein Blick über die Kantonsgrenzen zeigt, dass in anderen Kantonen und Bund dem Personal noch ganz anderes zugemutet wird. Die bürgerliche Sparpolitik, die dem Staat nur die nötigsten Mittel zur Verfügung stellen will und die durch die Steuersenkungen in der Hochkonjunktur die jetzige Finanzmisere bewirkt hat, wird weiterhin auf dem Buckel des Staatspersonals ausgetragen.

In Verteidigungsposition

In dieser Situation kann die Devise für die Gewerkschaften nur heissen: Verteidigung des Erreichten, und das im Bewusstsein, dass man damit keine Lorbeeren gewinnen kann. Mit der Parole „Keine Verschlechterung“ ist der Basler VPOD denn auch in die Grossratsdebatte gegangen. Dieses Ziel konnte erreicht werden, aber es ist eben nicht ein „Erfolg“, den man feiern könnte. Es ist eher eine nüchterne Einschätzung von dem, was in dieser Zeit zu haben ist. Gleichzeitig ist auch klar, dass dieses im Vergleich zu anderen Kantonen, dem Bund und der Privatindustrie doch noch akzeptable Lohngesetz nur aufgrund der Stärke des VPOD erreicht werden konnte.

Verordnungen - Chance für Verbesserungen

Bleibt noch die Hoffnung auf die Ausarbeitung der Verordnungen. Der Basler VPOD erwartet, dass diese in sozialpartnerschaftlichem Geist erfolgen wird. Als gegen Schluss der Grossratsdebatte VPOD-Vizepräsident Willi Gerster in der Frage des Stufenanstiegs einen Kompromissantrag unterbreitete, signalisierte Regierungsrat Ueli Vischer die Bereitschaft, darauf einzutreten (was allerdings vom Bürgerblock nicht befolgt wurde). Darf dieses Verhalten von Regierungsrat Vischer als Wille und Bereitschaft zu einvernehmlichen Lösungen im Sinne einer echten Sozialpartnerschaft gedeutet werden? Es wäre im Sinne eines guten Arbeitsklimas in den Staatsbetrieben nur zu hoffen. Doris Moser Tschumi.

Der öffentliche Dienst, 3.2.1995.

Öffentlicher Dienst, Der > Lohngesetz BS Kanton. OeD, 1995-02-03